

Stadtkanzlei

Rathaus, Postfach 145, CH-3602 Thun

Telefon +41 (0)33 225 82 21, Fax +41 (0)33 225 82 02

stadtrat@thun.ch, www.thun.ch

Protokoll

Stadtrat von Thun

Sitzung 4/2012 vom 4. April 2012, 17.00 Uhr, Stadtratssaal, Rathaus Thun

Anwesend

Stadtrat	Vorsitz: Stadtpräsident Jürg Dällenbach Damen und Herren Peter Aegerter, Hanspeter Aellig, Suzanne Albrecht Wyss, Martin Allemann, Jonas Baumann-Fuchs, Claudine Beutler, Alfred Blaser, Christine Buchs, Piero Catani, Andrea de Meuron, Philipp Deriaz, Peter Dütschler, Susanna Ernst, Peter Fahrni (bis Traktandum Nr. 22), Konrad Hädener, Thomas Hiltbold, Christian Josi, Alain Kleiner, Nora Läng, Lukas Lanzrein, Gina Lehnherr, Manfred Locher, Thomas Marghitola, Sandra Rupp Gyger, Sandra Ryser, Daniel Schenk, Reto Schertenleib, Claude Schlapbach, Carlo Schlatter, Verena Schneiter, Franz Schori, Heinz Schürch, Simon Schweizer, Ursula Stöckli (ab Traktandum Nr. 22), Peter Stutz, Reto Vannini, Simon Werren, Matthias Wiedmer
Gemeinderat	Stadtpräsident Raphael Lanz, Gemeinderätinnen Ursula Haller (bis Traktandum Nr. 23) und Marianne Dumermuth Lehmann, Gemeinderäte Roman Gimmel und Peter Siegenthaler
Ferner	Stadtschreiber Bruno Huwyler Müller
Sekretariat	Stadtratssekretär Remo Berlinger Protokollführerin Fabienne Feller
Entschuldigt	Stadtrat Serge Lanz

Schluss der Sitzung 19.55 Uhr

Der Stadtratspräsident eröffnet die Sitzung und begrüsst alle Anwesenden.

Der Stadtratspräsident macht darauf aufmerksam, dass aufgrund der Abwesenheit von Stadtrat Serge Lanz ein Stimmzähler für die heutige Sitzung gewählt werden muss.

Hanspeter Aellig, **FDP-Fraktion**, schlägt Stadtrat *Peter Dütschler (FDP)* als Stimmzähler für die heutige Sitzung vor.

Der Rat wählt *Peter Dütschler* einstimmig zum ausserordentlichen Stimmzähler.

20. Protokoll

Genehmigung des Protokolls der Stadtratssitzung vom 15. März 2012

Das Protokoll wird **vom Rat** einstimmig genehmigt.

21. Aufsichtsstelle für den Datenschutz

Kenntnisnahme des Tätigkeitsberichtes 2011 des Datenschutzbeauftragten

Bericht des Gemeinderates Nr. 6/2012

Konrad Hädener, **SAKO P+F**, weist darauf hin, dass der Bericht diskussionslos zur Kenntnis genommen wurde. Der Bericht ist sehr wertvoll. Stadtrat Konrad Hädener dankt Fürsprecher Kurt Stöckli für seine langjährige Tätigkeit.

Der Rat genehmigt einstimmig folgenden

Stadratsbeschluss:

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 15 Absatz 3 des Datenschutzreglementes und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 8. März 2012, beschliesst:

Der Tätigkeitsbericht des Datenschutzbeauftragten für das Jahr 2011 wird zur Kenntnis genommen.

22. Schulsozialarbeit

Definitive Implementierung der Thuner Schulsozialarbeit (SSA)

Bericht des Gemeinderates Nr. 5/2012

Gemeinderätin Ursula Haller: Als man die Schulsozialarbeit in Thun eingeführt hat, kannten nicht einmal 10 Gemeinden im Kanton Bern eine solche. Heute ist die Schulsozialarbeit sehr weit verbreitet. Auch der Kanton Bern hat die Wichtigkeit der Schulsozialarbeit anerkannt, dies hat sich vor 14 Tagen gezeigt, als der Grosse Rat die Mitfinanzierung beschloss.

Bei der Schulsozialarbeit handelt es sich nicht nur um ein Instrument für Fälle, in denen etwas nicht funktioniert. Es geht auch darum, dem gesellschaftlichen Wandel Rechnung zu tragen und Defizite auszugleichen. Viele Eltern fühlen sich überfordert. Auch die Lehrer haben nur beschränkte Möglichkeiten, in solchen heterogenen Schulen zu intervenieren. Auf Probleme wie Aggressionen und Mobbing muss man mit den richtigen Mitteln reagieren. Die Schulsozialarbeit wurde vor sieben Jahren eingeführt und jetzt von der Fachhochschule ausgewertet. Alle Fachleute sind sich einig, dass die Schulsozialarbeit ein wichtiger Beitrag ist.

Nach der Evaluation und vielen Gesprächen kommt der Gemeinderat zum Schluss, dass die Variante 2 am besten ist, gerade da die Prävention ungemein wichtig ist. Die Früherfassung von Kindern mit Defiziten erlaubt, Kinder gesamtheitlich zu untersuchen und zu beraten, um dann die richtigen Massnahmen zu ergreifen. Diesen Nutzen kann man natürlich nicht quantifizieren. Die Kinder sollen nicht stigmatisiert werden, ein niederschwelliges Angebot unterstützt dies. Frau Ursula Haller bittet den Rat, dem Antrag des Gemeinderats zuzustimmen.

Susanne Ernst, **SAKO BiSK**, dankt dem Gemeinderat für die Vorlage und die Informationen an der SAKO-Sitzung. Der Evaluationsbericht zeigt auf, dass die Schulsozialarbeit gebraucht wird, aber in der heutigen Form nicht ausreicht. Es handelt sich nicht um einen wissenschaftlichen Bericht, bei einem solch wichtigen Thema kann man nicht nach der Wissenschaftlichkeit fragen. Im Evaluationsbericht wird aufgezeigt, in welchen Bereichen mehr gemacht werden sollte. Alle befragten Lehrpersonen, Schulleitungen und Fachstellen sind dafür, die Schulsozialarbeit auszubauen. Diesen Fachleuten sollte man glauben und für Variante 2 abstimmen.

Klar sind die Finanzen zu beachten. Aber gerade jetzt ist eine spürbare Besserung bezüglich der Finanzen eingetreten und jetzt ist es angebracht, in die Zukunft zu investieren. Die Themen Prävention und Früherkennung sind nur bei Variante 2 abgedeckt. Prävention spart Kosten, da sie weniger teuer ist als Schadenbekämpfung. Eine niederschwellige Anlaufstelle ist wichtig, damit die Kinder den Mut haben, sich an die Stelle zu wenden. Wenn die Möglichkeit geboten wird, die Schulleitung und Lehrpersonen aussen vor zu lassen und zu einer neutralen Person zu gehen, ist das von Vorteil. Es geht um richtige Probleme, die von der Schulsozialarbeit abgedeckt werden. Motivationsprobleme beispielsweise darf man nicht unterschätzen, sie müssen frühzeitig aufgefasst werden. Auch gutbehütete Kinder, die die Schulsozialarbeit nicht beanspruchen, gehen mit Kindern in die Schule, die zuhause Probleme haben und leiden dann auch unter den Problemen in den Klassen. 5 Mitglieder der SAKO stimmten für die Variante 2, 1 Mitglied für die Variante 1 und 1 Mitglied für den Status quo. Die Gründe, nicht für Variante 2 abzustimmen waren eine zu hohe Belastung der Stadtfinanzen, grundsätzliche Kritik an der Wirksamkeit der Schulsozialarbeit und Unklarheiten bezüglich der Eingliederung der Schulsozialarbeit in die ABS oder die Schulleiterkonferenz. Die SAKO empfiehlt die Annahme von Variante 2 entsprechend dem Antrag des Gemeinderats.

Matthias Wiedmer, **SAKO Si+So**, informiert, dass drei Mitglieder für den Antrag des Gemeinderats abgestimmt haben, zwei Mitglieder sich aus formellen Gründen (die SAKO Si+So sei nicht zuständig) enthalten haben und zwei Mitglieder abwesend waren.

Konrad Hädener, **Fraktion der Mitte**, findet es wichtig, die Sache aus einer gewissen Distanz zu betrachten. Heute sollen in zwei Geschäften zusammen neue wiederkehrende Ausgaben in der Höhe von 750'000 Franken beschlossen werden. Dies entspricht etwa den Einsparungen im Rahmen der Ausgabenverzichtsplanung. Wer damals schon im Rat dabei war weiss, wie mühsam das war. Heute soll die mühsam erarbeitete Entlastung auf einen Schlag neutralisiert werden. Sowohl bei der Schulsozialarbeit als auch beim Ordnungsdienst geht es um die Bekämpfung von Symptomen, einer Art Begleiterscheinung der gesellschaftlichen Entwicklung. Im einen Fall sind es die Eltern, die ihre Betreuungspflichten nicht wie gewünscht wahrnehmen, im anderen Fall geht es um den Verlust elementarer Anstandsregeln. In beiden Fällen bindet eine kleine Anzahl von Problemfällen zunehmend Ressourcen. Der Fraktion ist der finanzpolitische Kontext wichtig. Die Lehrerschaft beklagt einen Leistungsabbau, da unter kantonalem Spardruck Lektionen gestrichen wurden. Alle zusätzlichen Massnahmen im Bereich der Schulsozialarbeit führen zu einem Ressourcenabbau im klassischen Bildungsangebot. Es gibt Qualitätsrichtlinien für die Schulsozialarbeit, erarbeitet vom nationalen Verband AvenirSocial, Professionelle Soziale Arbeit Schweiz, und dem Verband der SchulsozialarbeiterInnen SSAV. Gemäss diesen Empfehlungen geht man von einem Betreuungsverhältnis von max. 1 : 300 aus, um Präventionsarbeit zu ermöglichen. Das bedeutet, dass die Stadt in den nächsten Jahren mit einem zusätzlichen Ausgabenbedarf für die Schulsozialarbeit konfrontiert wird. Der Bedarf der Schulen geht wesentlich weiter, als worüber heute Abend entschieden wird. Es handelt sich um einen Kompromiss zwischen dem Bedarf und den heutigen finanziellen Möglichkeiten. Die momentane Schulsozialarbeit ist auch ein Kompromiss, die Fraktion findet diesen verbesserungswürdig und will keine Befristung mehr.

Die Fraktion ist jedoch etwas erschüttert über die Details im Evaluationsbericht betreffend die fehlende Zusammenarbeit zwischen der Schulsozialarbeit und der Lehrerschaft sowie der Schulleitung. Hier handelt es sich überwiegend um organisatorische Defizite.

Verschiedene Fragen müssen geklärt werden, zum Beispiel die, wo die Schulsozialarbeit angegliedert werden soll. Dies zu entscheiden ist nicht Aufgabe des Stadtrats. Solche Fragen sollten aber im Vorhinein abgeklärt werden.

Die Fraktion lehnt den Antrag des Gemeinderats ab aufgrund von Meinungsäusserungen verschiedener Interessenträger im Vorfeld und aufgrund der Aussagen des Evaluationsberichts. Zum jetzigen Zeitpunkt ist der effiziente Mitteleinsatz für einen flächendeckenden Ausbau der Schulsozialarbeit nicht gewährleistet. Es ist die Aufgabe des Stadtrats, darauf zu achten, dass die knappen öffentlichen Mittel möglichst effizient eingesetzt werden. Die Fraktion schlägt deshalb einen alternativen Beschluss vor, dessen Wortlaut dem Rat vorliegt. Dieser sieht eine Ausdehnung des Status quo auf ein weiteres Jahr vor.

Das revidierte Volksschulgesetz wurde zwar im Grossen Rat abschliessend behandelt, allerdings sind die Ausführungsbestimmungen des Regierungsrates erst im Herbst zu erwarten. Heute weiss man nur, dass der kantonale Beitrag 30 % nicht überschreiten wird. Die Fraktion ist bereit, 2013 einem Antrag in der Form des vorliegenden zuzustimmen. Voraussetzung dafür ist der Nachweis, dass die Mittel dann auch effizient eingesetzt werden. Die betroffenen Akteure haben bis dahin noch einige organisatorische Aufgaben zu erledigen.

Manfred Locher (EDU) ist Lehrer von Beruf. Er findet es sinnvoll, dass die Ressourcenverteilung jedes Jahr überarbeitet werden soll. Im Antrag des Gemeinderats werden aber der Leitung fest 30 Stellenprozente zugewiesen. Das macht das System unflexibel. Die Stellenprozente müssen in den Gremien besprochen werden können, vielleicht braucht es nur im ersten Jahr 30 Stellenprozente und in den weiteren Jahren weniger. Diese Regelung wird zu Problemen führen. Das Gremium soll nach Bedarf entscheiden können.

Zum Einwand, dass Fachleute darüber diskutiert haben: Die Fachleute hatten nicht genügend Zeit, die Fragen der Organisation zu besprechen. Wichtige Fragen wie die Implementierung oder die Unterstellung wurden nicht besprochen. Die Zeit reichte nicht. Der Evaluationsbericht zeigt, dass die Strukturen fehlen. Je grösser die Leitung ist, desto eher werden organisatorische Arbeiten dieser übertragen. Eine Möglichkeit wäre eine Unterstellung unter das IBEM. Beim neuen Antrag handelt es sich um eine Vereinfachung. Manfred Locher schlägt vor, beim Antrag des Gemeinderats unter Artikel 1 lit. a die Klammerbemerkung über die Aufteilung der Stellenprozente zu streichen.

Peter Stutz, **Fraktion Grüne**, macht eine Bemerkung zu den genannten 750'000 Franken Mehrausgaben. Er kann die Ausführungen von Stadtrat Konrad Hädener nicht ganz nachvollziehen. Gemäss Stadtrat Peter Stutz geht es um 350'000 Franken neue Ausgaben, die heute beschlossen würden.

Der Bedarf an Schulsozialarbeit ist nachgewiesen. Die heutige Lösung ist nicht befriedigend, die Prävention kommt zu kurz. Zur Beurteilung des Geschäfts gibt es umfangreiche Grundlagen und es wurde in der Kommission BiSK eingehend informiert. Allerdings wurden Fragen zum Vollzug der Schulsozialarbeit zu wenig präzise beantwortet. Auch Fragen der Zusammenarbeit zwischen der Schulsozialarbeit und den Schulleitungen sowie weiteren Fachstellen sind noch offen. Die Praxis müsse noch entwickelt werden, dabei besteht die Schulsozialarbeit schon lange. Weitere offene Fragen sind die Aufsicht über die Schulsozialarbeit und die Beschwerdemöglichkeiten. Diese Fragen hätten im Vorfeld beantwortet werden müssen. Die Fraktion ist für Variante 2, da der Bedarf ausgewiesen ist. Es bleibt der Wunsch, dass die offenen Fragen möglichst schnell geregelt werden.

Sandra Rupp Gyger, **SP-Fraktion**, merkt an, dass es, als sie als Lehrerin arbeitete, noch keine Schulsozialarbeit gab. Sie hätte sich manchmal eine Ansprechperson gewünscht. Als Lehrerin hat man in erster Linie einen Lehrauftrag. Heute gibt es Fachstellen, aber diese Stellen sind nicht in die Schule integriert und deshalb ist die Schwelle, diese zu kontaktieren, höher. Das kann dazu führen, dass sich Situationen verschärfen. Die pädagogische Ausbildung ist nicht darauf ausgerichtet, psychische und familiäre Probleme zu lösen. Es gibt übrigens auch immer wieder Fälle von Kindern aus gutem Elternhaus, die trotzdem Probleme haben. Es geht nicht einfach um Kinder von Eltern, die ihre Arbeit schlecht machen. Die heutige Form der Schulsozialarbeit ist besser als nichts, aber nicht optimal. Die ambulante Lösung ist ein Tropfen auf dem heissen Stein, die Vertrauensbasis fehlt und Koordinationsschwierigkeiten treten auf. Die Fraktion unterstützt klar den Antrag des Gemeinderats. Gut ist, dass bei dieser Variante ein Schwerpunkt auf die Prävention gelegt wird. Früh Signale zu erkennen ist wichtig und spart auch Kosten. Ein grosser Vorteil der Variante 2 ist, dass die gleiche Person ein Kind über längere Zeit begleitet.

Klar ist, dass die Schulsozialarbeit nicht den Schulleitungen unterstellt werden soll. Die Schulsozialarbeit muss unabhängig sein, auch damit die Hemmschwelle, das Angebot zu nutzen, möglichst tief ist. Wichtig ist eine transparente Zusammenarbeit, aber diese ist auch ohne eine direkte Unterstellung möglich. Den Vorschlag von Stadtrat Manfred Locher wegen einer Unterstellung unter die Kommission IBEM kann Stadträtin Sandra Rupp Gyger nicht nachvollziehen. Das Geld ist bei Variante 2 gut investiert und kein Luxus. Die Fraktion hält am Antrag des Gemeinderats fest.

Lukas Lanzrein, **SVP-Fraktion**, hat den Eindruck, dass es um ein kontroverses und komplexes Geschäft geht. Die Unterlagen zum Geschäft waren zwar sehr umfangreich, aber die Zeit reichte nicht, um sich eingehend damit zu befassen.

Die Fraktion steht sowohl für eine verantwortungsvolle Finanzpolitik, als auch für eine zielgerichtete Bildungspolitik ein. Die Stadt Thun konnte erfreulicherweise in den letzten zwei Jahren gute Rechnungsab-schlüsse präsentieren. Das heisst aber nicht, dass man das Geld jetzt einfach ausgeben kann. Die Ausgaben sind nicht im Aufgaben- und Finanzplan vorgesehen. Die Fraktion ist der Meinung, dass die Schule in erster Linie einen Bildungsauftrag hat und die Eltern für die Erziehung zuständig sind. Die Schulsozialarbeit greift erst als subsidiäres Mittel ein. Das hypothetische Betreuungsverhältnis sagt nicht viel aus, es sollte besser geprüft werden, wie viele Fälle effektiv anfallen. Ebenfalls bedenklich ist, dass Stellen geschaffen werden, die nicht redimensioniert werden. Ein entsprechendes Angebot schafft auch die Nachfrage.

Im Bericht des Gemeinderats auf Seite 5 wird aufgeführt, welche Bereiche durch welche Variante abgedeckt werden. Es ist ein politischer Entscheid des Stadtrats, welche Variante gewählt wird. Es ist nicht so, dass nur die Variante 2 überhaupt in Frage kommt.

Die Fraktion bezweifelt die empirische Überprüfbarkeit des Nutzens der Sozialarbeit. Im Evaluationsbericht werden allgemeine Schlüsse gezogen, es wird aber nicht aufgezeigt, was die Schulsozialarbeit konkret verbessert hat. Wenn Steuergelder ausgegeben werden, sollten die Wissenschaftlichkeit und die Wirksamkeit im Zentrum stehen. Die kritische Haltung der Fraktion gegenüber einem Ausbau wurde noch zusätzlich verstärkt durch die Ungewissheit in Bezug auf die kantonalen Beteiligungsbeträge. Man hätte einmal die Möglichkeit, mit einer kostengünstigen Variante zur Entlastung des Kantons beizutragen. Es sind so oder so Steuergelder, ob jetzt der Kanton zahlt oder die Gemeinde.

Die Fraktion unterstützt den Antrag der Fraktion der Mitte, den Status quo begrenzt auf ein Jahr weiter zu führen. Es besteht keine zeitliche Notwendigkeit, den Entscheid heute zu treffen. In der Zwischenzeit können die Unklarheiten geklärt werden. Es ist nicht die Aufgabe des Stadtrats, administrative Entscheidungen wie die Unterstellung der Schulsozialarbeit zu fällen. Es befremdet die Fraktion, dass verschiedene Personen aus dem schulischen Umfeld völlig andere Meinungen haben. Durch die Verlängerung hätte man auch die Möglichkeit, die Praxis des Kantons zu den Beiträgen unter dem neuen Volksschulgesetz beizuziehen. Die Fraktion unterstützt den Antrag der Fraktion der Mitte und lehnt den Antrag des Gemeinderats ab.

Reto Vannini, **BDP-Fraktion**, wird den Antrag des Gemeinderats unterstützen. Er ist nicht überrascht über die Diskussion im Rat. Es geht um die Finanzen, aber offensichtlich braucht man nach Meinung aller Fraktionen eine Art von Schulsozialarbeit. Auch die BDP-Fraktion ist für eine verantwortungsvolle Finanzpolitik. Es muss nicht ein Jahr gewartet werden, um über ein komplexes Geschäft zu entscheiden. Komplexe Geschäfte sind im Rat an der Tagesordnung. Gewisse Fragen lassen sich nicht gänzlich klären, auch nicht innerhalb eines Jahres. Abseits der Wissenschaftlichkeit muss man auch einmal anschauen, wie die Schulsozialarbeit in der Praxis funktioniert. Sieben Jahre läuft das Pilotprojekt nun in Thun, die Lehrerschaft und die Schulleiter sind zufrieden. Dann braucht es keine Wissenschaftlichkeit. Die Schulsozialarbeit bewirkt etwas, es ist aber eine Kompromisslösung momentan. Eigentlich braucht es mehr Stellen, obwohl eine optimale Lösung wohl politisch nicht möglich ist. Die Schulsozialarbeit kann nicht der Schulleitung unterstellt werden. Sie muss wie im Antrag vorgeschlagen oben angesiedelt werden. Sieben Jahre Erfahrung reichen aus, die Schulsozialarbeit kann heute eingeführt werden.

Christine Buchs, **FDP-Fraktion**, weist darauf hin, dass auch die FDP-Fraktion für eine verantwortungsvolle Finanzpolitik ist. Entgegen der Meinung der Fraktion der Mitte empfindet sie eine Vertagung des Geschäfts als nicht zielführend. Umso mehr, als der Nutzen der Schulsozialarbeit an sich auch nicht umstritten ist. Die Mitglieder der Fraktion stimmen einstimmig für den Antrag des Gemeinderats. Dafür gibt es fünf Gründe. Erstens ist die Stadt Thun eine Wohn- und Familienstadt. Zweites ist eine Früherfassung

kostengünstiger und effizienter. Die Schulsozialarbeit ist Prävention und auch Ombudsstelle für Lehrer und Eltern und trägt zu einer Beruhigung für die Schüler und das Umfeld bei. Drittens ist das Unterrichten die Kernaufgabe der Lehrerschaft. Viertens hilft die Schulsozialarbeit dadurch, die Attraktivität des Lehrerberufs nicht weiter zu schmälern. Fünftens ist die Schulsozialarbeit ein wichtiges Bindeglied zu Behörden und Fachstellen. Die Fraktion nimmt den Antrag Manfred Lochers einstimmig an, die Stellenprozentage zu definieren gehört nicht in den Aufgabenbereich des Stadtrats. Die Fraktion erwartet regelmässig eine Stellungnahme der ABS über die Wirksamkeit der Schulsozialarbeit.

Jonas Baumann (EVP) ist anderer Ansicht als die Fraktion. Er kann die Kritik an der Evaluation nachvollziehen, aber diese Probleme hindern ihn nicht an der Annahme des Antrags. Die Probleme werden dann im laufenden Prozess gelöst. Er begrüsst die Aufstockung, je früher man Probleme angeht, umso besser. Dies ist auch wissenschaftlich bewiesen.

Matthias Wiedmer, **SVP-Fraktion**, weist auf die Aufgabenverzichtsplanung hin und dass nur sehr wenige der heutigen Mitglieder des Stadtrats damals schon dabei waren. Um jeden Franken wurde damals gekämpft. Heute - ein paar Jahre später - ist das vergessen. Nur sieben Tage vor der SAKO-Sitzung wurden die Unterlagen zugestellt, das ist zu wenig Zeit, um sich einzulesen. Auch die Kommission für Gesundheits- und Suchtfragen musste innert kürzester Zeit eine Stellungnahme abgeben, die Mitglieder hatten nur wenige Tage Zeit um sich zu äussern. Stadtrat Matthias Wiedmer als Mitglied der Kommission hatte jedenfalls nicht genügend Zeit für eine Stellungnahme. Das störte ihn. Seines Erachtens gibt es einen Konsens unter den Ratsmitgliedern, dass nicht einfach Geld ausgegeben wird. Wenn dieser Konsens jetzt gebrochen wird, wird ihn die Fraktion eventuell dann auch bei der Budgetberatung brechen. Es besteht kein Zeitdruck, jetzt zu entscheiden. Des Weiteren würde die Fraktion interessieren, ob Stellenprozentage im Rat beschlossen werden können; das ist eigentlich ein operatives Geschäft.

Hanspeter Aellig, **FDP-Fraktion**, ist ein Gegner von Ausgaben nach dem Giesskannenprinzip. Die Fraktion verfehlt Investitionen in ausgewählte und wichtige Bereiche. Stadtrat Hanspeter Aellig wäre es lieber, man müsste gar nicht über die Schulsozialarbeit diskutieren. Aber die Zeiten haben sich geändert und es wäre fahrlässig, dies aus finanzpolitischen Scheinargumenten nicht anzuerkennen. Die Schulsozialarbeit ist eine Investition in Zukunft. Kinder, die nicht mehr integriert sind, sind schlussendlich viel teurer. Wenn Kinder in vernünftigen Situationen aufwachsen, ist das auch ein Standortvorteil für Thun.

Thomas Hiltbold, **Fraktion Grüne**, weist darauf hin, dass die Welt nach dem Prozess des Aufgaben- und Verzichtsplan nicht stehen blieb und das auch nicht die Meinung war. Die Schulsituation ist heute schwieriger. Thun darf den Anschluss nicht verpassen. Es geht nicht um die Wissenschaftlichkeit, es geht um Erfahrungen von Leuten, die an der Front arbeiten und den Nutzen bestätigen. Die Niederschwelligkeit ist wichtig, eine Ansprechperson muss direkt vor Ort in den Schulen sein. Diese Lücke muss geschlossen werden. Es besteht ein Konsens, dass die Schulsozialarbeit richtig und angemessen sei. Der Vorschlag, die Schulsozialarbeit ein weiteres Jahr so weiter laufen zu lassen, ist Gift für die Beteiligten, die sich engagieren wollen. Es braucht ein Bekenntnis zu einer definitiven, tragfähigen Lösung. Finanziell sieht es für die Stadt gut aus. Die vorliegende Lösung ist vernünftig und tragbar. Stadtrat Thomas Hiltbold ist etwas irritiert, dass E-Mails usw. von Schulleitern und anderen Personen verschickt wurden. Er weiss nichts davon und findet es eigenartig, wenn diese so halboffiziell verschickt werden. Er verlässt sich auf die vorliegenden Unterlagen, und die Aussagen der Fachleute in diesen sind grundsätzlich positiv. Falls dem nicht so sei, wäre er froh um mehr Informationen. Unglücklich ist die Angabe von Stellenprozentagen im Antrag. Eine Leitung braucht es sicher, aber die Zahlen in Klammern sind wohl eher Richtwerte. Das sollte noch geklärt werden.

Konrad Hädener, **Fraktion der Mitte**, antwortet Stadtrat Peter Stutz auf seine Frage betreffend die Höhe der Ausgaben. Im Beschlussdispositiv sind in Ziffer c die jährlichen Ausgaben von 567'000 Franken ab 2013 aufgeführt, diese Zahl wird addiert mit den Kosten von 220'000 Franken im nächsten Geschäft.

Manfred Locher (EDU) geht auf eine Frage von Sandra Rupp Gyger ein. Über die Unterstellung unter die Kommission unter die IBEM kann man diskutieren, aber die Schulsozialarbeit und die integrative Förderung haben überlappende Tätigkeitsfelder. Ein IF-Lehrer hat ihm einmal gesagt, dass es die Schulsozialarbeit nicht brauche, aber die IF ausgebaut werden soll. Diese extreme Meinung teilt Stadtrat Manfred Locher nicht, aber sie zeigt, wie viel die beiden Bereiche gemeinsam haben.

Stadtrat Manfred Locher kann dem Antrag des Gemeinderats nicht zustimmen; wenn sein Antrag abgelehnt wird, nimmt er den Antrag der Fraktion der Mitte an. Es ist besser, jetzt noch ein Jahr abzuwarten, dann aber eine Entscheidung zu treffen, mit der man dann 10 Jahre Ruhe hat.

Martin Allemann, **SP-Fraktion**, ist Mitglied der Schulkommission und informiert, dass die Schulkommission im Dezember das Geschäft einer Arbeitsgruppe, zu der auch er selbst gehörte, übertragen hat. Die Arbeitsgruppe hat einen Vorschlag ausgearbeitet und diesen allen Kommissionsmitgliedern, vier dieser Mitglieder sind auch im Stadtrat, zukommen lassen. Die Schulkommission hat dem Geschäft zugestimmt und den Präsidenten beauftragt, das Geschäft der ABS zu überweisen. Die Schulkommission war mit dem Geschäft einverstanden.

Matthias Wiedmer, **SVP-Fraktion**, möchte Stadtrat Martin Allemann auf das Amtsgeheimnis aufmerksam machen; die Beratungen der Schulkommission sind geheim.

Martin Allemann, **SP-Fraktion**, erwidert, dass das Amtsgeheimnis in dem Falle wohl schon vor ihm verletzt wurde und er dieses deshalb nicht mehr verletzen könne, denn seine Aussage wurde schon vorher anderweitig veröffentlicht. Stadtrat Martin Allemann ist wie Stadtrat Thomas Hiltbold erstaunt, dass gewisse Schulleiter Nachrichten verschicken, von denen auch er keine Kenntnis hat. Ob die Leitung in der ABS angesiedelt wird, spielt bei der Entscheidung heute keine Rolle. Es geht hier um die Unterstützung von Schulkindern. Wieso man solange darüber diskutiert, versteht Herr Allemann nicht. Entweder ist man für die Schulsozialarbeit oder nicht. Wenn man das Geld nicht investieren will, soll man auch dazu stehen und nicht nach anderen Gründen suchen, wieso man das Geschäft nicht annimmt.

Gemeinderätin Ursula Haller ist namens des Gemeinderates auch der Meinung, dass man wie von Stadtrat Manfred Locher gewünscht, die Klammerbemerkung bei Punkt 1 lit. a des Beschlusses durchaus weglassen kann. Die Aufteilung der Stellenprozente liegt sowieso in der Kompetenz des Gemeinderats. Stadtrat Matthias Wiedmer hat gefragt, bei wem die Kompetenz liege. Gemäss Artikel 46 der Stadtverfassung liegen Organisationsregelungen grundsätzlich im Kompetenzbereich des Gemeinderats, das betrifft sowohl die Unterstellung aber auch die Frage betreffend Stellenprozente.

Bei allen Kontroversen sind sich trotzdem alle Ratsmitglieder einig, dass die Schulsozialarbeit sinnvoll ist. Gemeinderätin Ursula Haller gibt Stadtrat Konrad Hädener Recht, die Kostenfrage wurde im Gemeinderat intensiv diskutiert. Das ist auch der Grund dafür, dass das Geschäft erst jetzt in den Stadtrat gekommen ist. Der Grosse Rat sollte zuerst noch angehört und dessen Entscheidung abgewartet werden. Der Grosse Rat hat entschieden, dass max. 30 % Beiträge gesprochen werden. Die Variante 2 ist finanziell tragbar und verantwortbar. Es geht nicht um ein Giesskannenprinzip, sondern die Schulsozialarbeit wird ganz gezielt dort unterstützt, wo es nötig ist. Wie erwähnt ist auch die Unterstellung in der Kompetenz des Gemeinderats. Eine Unterstellung unter das IBEM wäre nicht besser, da sie zum Teil komplett andere Themenfelder beinhaltet als die Schulsozialarbeit. Die Schulsozialarbeit ist jetzt seit sieben Jahren in der Fachstelle Kinder und Jugend angesiedelt und es gab bis jetzt keine negativen Rückmeldungen. Es ist ein offenes Geheimnis, dass einzelne Schulleiter die Schulsozialarbeit direkt der Schulleitung unterstellen möchten. Viele Voten heute Abend stimmen zu, dass das zu Interessenkollisionen führen kann. Die Klammerbemerkung kann gestrichen werden, der Gemeinderat folgt also dem Antrag von Manfred Locher. Frau Haller gibt Stadtrat Peter Stutz Recht: es läuft noch nicht alles rund und das Reporting, wie es Stadträtin Christine Buchs angesprochen hat, soll verbessert werden. Frau Haller antwortet Stadtrat Matthias Wiedmer, dass es nicht ein unmöglicher Fristen- und Aktenlauf war. Wegen der Osterwoche ist die Terminkonstellation etwas ungünstig. Aber dass die SAKO-Sitzung eine Woche im Voraus stattfindet ist üblich, das war auch bei anderen komplexen Themen so.

Gemeinderätin Ursula Haller dankt dem Stadtrat herzlich für die gute Aufnahme und bittet, den Antrag der Fraktion der Mitte abzulehnen. Ein weiteres Jahr in Unsicherheit ist nicht nötig und führt zu Problemen bei der Anstellung von Personal, da die jeweiligen Personen ja auch Kündigungsfristen einzuhalten haben.

Der Stadtratspräsident informiert, dass in einem ersten Schritt zwischen dem abgeänderten Antrag des Gemeinderats/Antrag Manfred Locher und dem Antrag der Fraktion der Mitte abgestimmt wird.

Der Rat nimmt den Antrag des Gemeinderats/Antrag Manfred Locher mit 23 : 16 Stimmen an.

Der Stadtratspräsident informiert, dass im zweiten Schritt über die Annahme des abgeänderten Antrags des Gemeinderats/Antrag Manfred Locher abgestimmt wird. Wird der Antrag nicht angenommen, wird es an dem 1. August 2012 keine Schulsozialarbeit mehr geben.

Der Rat genehmigt mit 24 : 12 Stimmen bei 3 Enthaltungen folgenden

Stadtratsbeschluss:

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 39 lit. d Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 16. Februar 2012 beschliesst:

1. Zustimmung zu Variante 2: Die definitive Implementierung der Schulsozialarbeit an der Thuner Volksschule erfolgt ab 1. August 2012 gemäss folgendem Stellen- und Kostenrahmen:
 - a) Total 450 Stellenprozente (für integrierte oder ambulante Schulsozialarbeit an allen Oberstufenschulen, Primarschulen und Kindergärten sowie Leitung).
 - b) Bewilligung eines Nachkredits von CHF 236'292 als neue Ausgabe zu Lasten der Laufenden Rechnung 2012, Produktgruppe 3.1 Volksschule für zusätzliche Ausgaben für die Erhöhung der Schulsozialarbeit von 200 % auf 450 %.
 - c) Die jährlichen Ausgaben von CHF 567'100 werden ab 2013 ordentlich in den Voranschlag als neue wiederkehrende Ausgaben aufgenommen.
2. Ziffer 1 lit. c untersteht dem fakultativen Referendum.
3. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

23. Ordnungs- und Verkehrsdienst Innenstadt

Ordnungs- und Verkehrsdienst Innenstadt in den Nächten vom Donnerstag, Freitag und Samstag; Bewilligung eines Verpflichtungskredits von Fr. 220'000.00 inkl. MWST als jährlich wiederkehrende Ausgabe

Bericht des Gemeinderates Nr. 7/2012

Matthias Wiedmer, **SAKO Si+So**, weist darauf hin, dass kein Ausbau, sondern nur eine andere Finanzierung erfolgen soll. Würde der Antrag nicht angenommen, würde das Projekt weitergeführt wie bisher, nur mit weniger Geld. Das Angebot kann nicht anderweitig übernommen werden. Die Polizei wurde angefragt, aber sie kann den Ordnungsdienst nicht übernehmen. Die SAKO empfiehlt die Annahme.

Matthias Wiedmer, **SVP-Fraktion**, hält das Angebot für notwendig, um die Innenstadt attraktiv zu erhalten. Die Fraktion möchte vom Gemeinderat wissen, ob es nicht möglich wäre, bei der Polizei mehr Leistungen einzukaufen und welche Auswirkungen das hätte. Die Fraktion begrüsst es, dass Leute beim Gewerbeinspektorat antreten müssen, wenn sie beispielweise öffentlich urinieren haben. Das ist wohl eine wirksamere Massnahme als eine Busse. Die Fraktion stimmt dem Antrag zu.

Piero Catani, **SP-Fraktion**, weist darauf hin, dass keine Mehrausgaben beschlossen werden sollen, sondern die Ausgaben einfach woanders in die Rechnung aufgenommen werden. 2006 wurde der Ordnungsdienst eingeführt und seither der Notwendigkeit halber weiter ausgebaut. 2010 wurde der Verkehrsdienst eingeführt. Im Antrag des Gemeinderats ist festgehalten, dass in Zukunft die Situation neu geprüft wird. In den sechs Jahren waren die Erfahrungen durchwegs positiv, die Lage hat sich klar verbessert. Zu denken gibt, dass am meisten Verstösse, nämlich 58 %, durch öffentliches Urinieren begangen wurden. Der Antrag ist angemessen. Die Fraktion bittet den Gemeinderat, bei der Vergabe zu beachten, dass die Offerierenden dem GAV unterstehen. Die Fraktion stimmt dem Antrag zu.

Thomas Marghitola, **BDP-Fraktion**, stimmt dem Antrag des Gemeinderats zu. Die Massnahmen haben sich bewährt, es gab viele positive Rückmeldungen von Anwohnern und Wirten. Die Leistungen sollen im gleichen Umfang wie bisher erbracht werden. Es stellt sich die Frage, ob das Problem mit der öffentlich verrichteten Notdurft nicht anders und billiger gelöst werden kann, beispielsweise durch 24 Stunden geöffnete Toiletten in der Stadt.

Manfred Locher, **Fraktion der Mitte**, unterstützt den Antrag des Gemeinderats. Die Massnahmen zeigten Wirkung. Es geht um erzieherische Massnahmen und diese müssen über Jahre konsequent durchgeführt werden. Öffentliche Toiletten sollten ausserdem besser bezeichnet werden.

Thomas Hiltbold, **Fraktion Grüne**, findet es interessant, dass bei diesem Geschäft noch niemand fehlende Wissenschaftlichkeit moniert hat. Die Wirksamkeit der 220'000 Franken wurde nicht angezweifelt. Einmal öffentliches Urinieren zu büssen kostete die Stadt im Jahr 2011 1'693 Franken. Das ist ein stolzer Betrag. Der Hauptgewinn liegt wohl nicht in der Entdeckung der Verstösse, sondern in der Präsenz der Sicherheitsleute und ihrer präventiven Wirkung. Die Fraktion stellt einen Änderungsantrag betreffend die Überwachung des Nachtfahrverbots. 90'000 Franken werden jährlich zur Überwachung des Nachtfahrverbots ausgegeben. Jemand bewacht das Gitter, damit niemand durchfährt. Andere bauliche Massnahmen sollen schon heute geprüft werden. Die Fraktion will ab 2013 die 220'000 Franken um 90'000 kürzen auf noch 130'000 Franken. Wenn sowieso eine technische Lösung geplant ist, setzt man diese besser gleich um.

Hanspeter Aellig, **FDP-Fraktion**, unterstützt den Antrag des Gemeinderats. Die Gesellschaft ändert sich. Es ist wichtig, Straftaten festzustellen und zu ahnden. Betreffend das Urinieren wären gewisse Infrastrukturen hilfreich. Leute, die ausgehen sind an sich nicht das Problem. In der Peripherie der Stadt Thun gibt es aber nach wie vor zu wenig Angebote für Leute im Ausgang, es kommen deshalb viele ins Zentrum, was dann entsprechende Auswirkungen hat.

Matthias Wiedmer, **SVP-Fraktion**, steht nicht ganz hinter dem Vorschlag von Stadtrat Thomas Hiltbold. Es fehlen Berichte von Betroffenen, also der STI, der Sanität usw., diese müsste man zuerst anhören. Aber wenn der Gemeinderat diese Variante überprüft hat und sie überzeugt, würde sich die Fraktion anschliessen. Es soll aber kein Schnellschuss sein.

Gemeinderat Peter Siegenthaler antwortet Stadtrat Matthias Wiedmer, dass es nicht möglich sei, die Polizeileistungen einzukaufen. Der Bestand des Korps der Kantonspolizei ist nicht so organisiert, denn es werden überall vermehrt Polizisten an den Wochenenden gebraucht.

Es fand eine Beruhigung der Situation statt. Niemand ist begeistert, aber die Situation ist für alle tragbar. Er bittet, den Antrag von Stadtrat Thomas Hiltbold abzulehnen, denn es geht um ein austariertes Paket. Die Leute, die das Fahrverbot kontrollieren, sind wichtig. Die Situation hat sich deutlich beruhigt und es gibt auch ein Abkommen mit den Taxifahrern. Stadtrat Hanspeter Aellig antwortet Herr Siegenthaler, dass es 118 Bars und Restaurants in der Innenstadt gibt, ein Teil der Wirte sagt, dass die Konkurrenz sehr gross sei. Verschiedene Bedürfnisse müssen in der Innenstadt vereint werden. Zu Herrn Hiltbold: Die Hauptaufgabe des Ordnungs- und Verkehrsdienstes in der Innenstadt ist Prävention, und diese kommt in der Statistik nicht zum Ausdruck.

Der Stadtratspräsident informiert, dass zwischen dem Antrag des Gemeinderats und dem Antrag von Thomas Hiltbold abgestimmt wird.

Der Rat stimmt dem Antrag des Gemeinderats mit 32 : 4 Stimmen zu.

Der Rat genehmigt mit 32 : 1 Stimmen bei drei Enthaltungen folgenden

Stadtratsbeschluss:

Der Stadtrat von Thun, gestützt auf Artikel 40 lit. b Stadtverfassung und nach Kenntnisnahme vom gemeinderätlichen Bericht vom 8. März 2012, beschliesst:

1. Für die Weiterführung des Ordnungs- und Verkehrsdienstes an den Wochenenden in der Innenstadt wird ein Verpflichtungskredit von jährlich wiederkehrend Fr. 220'000.00 als neue Ausgabe zu Lasten der laufenden Rechnung bewilligt (Fr. 130'000.00 zu Lasten Produktgruppe 4.2, Öffentliche Sicherheit und Fr. 90'000.00 zu Lasten Produktgruppe 4.4, Spezialfinanzierung Parkinggebühren). Die Beträge sind ab dem Jahr 2013 im Voranschlag einzustellen.
2. Bei Veränderung der Verhältnisse (zum Beispiel Verkehrsdienst bei Realisierung Bypass Nord mit baulichen Massnahmen [Einbau Poller]) ist der Ordnungs- bzw. Verkehrsdienst zu überprüfen.
3. Für die Vergabe der Dienstleistungsaufträge ist ab dem Jahr 2013 ein offenes Ausschreibungsverfahren durchzuführen.
4. Der Gemeinderat wird mit der Ausführung dieses Beschlusses beauftragt.

24. Motion M 6/2011 betreffend Kombidächer

Lehnherr Gina (glp) und Mitunterzeichnende vom 24. November 2011; Beantwortung

Gina Lehnherr (glp) ist erfreut, dass die Dachbegrünung heute konsequent durchgesetzt wird. Nicht alle Dächer sind für Kombidächer geeignet. Ein weiterer Schritt in Richtung Kombidächer ist aber wünschenswert. Die Begehbarkeit wird durch Kombidächer nicht eingeschränkt. Auch der Unterhalt von Kombidächern ist nicht teurer. Der Aufwand für ein Kombidach ist nicht grösser als für ein anderes Dach. Der betriebswirtschaftliche und der volkswirtschaftliche Nutzen sind dagegen hoch. Die Motion zielt nicht darauf ab, die Art und Ausführung der Begrünung auszuformulieren. Gewisse Ausnahmen sind sicher bei An- und Nebenbauten zu machen. Das Bauinspektorat soll künftig den Artikel 9 des Baureglements, der den ökologischen Ausgleich in Siedlungsgebieten regelt, konsequent anwenden. Die Umsetzung der Motion ist nur kompliziert und unverständlich, wenn die Gesetze zu wenig griffig und Ausnahmen nicht klar definiert sind. Klar besteht kein direkter Zusammenhang zwischen der Dachbegrünung und dem Abwasser. Trotzdem ist es thematisch sehr nah und für alle nachvollziehbar. Die Beispiele in der Motion waren vor allem als Denkanstoss gedacht. Wichtig ist, dass die Energiewende jetzt stattfindet. Frau Lehnherr stimmt der Umwandlung in ein Postulat zu. Allerdings darf das Postulat nicht einfach abgeschrieben werden.

Andrea de Meuron, **Fraktion Grüne**, stellt die Frage, was das Postulat effektiv ändern würde im Vergleich zur heutigen Baubewilligungspraxis. Die Stadt hat viele graue Flächen, aber das Baureglement ist in dieser Hinsicht relativ neu. Es ist wichtig, dass mit dem Baureglement nicht die Art und Qualität der Begrünung verlangt werden kann. Diese wäre aber entscheidend. Die Fraktion schliesst sich der Haltung des Gemeinderats an und unterstützt die Annahme als Postulat. Sie dankt der Urheberin der Motion.

Christie Buchs, **FDP-Fraktion**, stimmt der Umwandlung in ein Postulat zu und unterstützt die Stossrichtung der Motion.

Heinz Schürch, **SVP-Fraktion**, schliesst sich der Meinung von Stadträtin Andrea de Meuron an. Die Begrünung ist bereits im Baureglement verankert und muss auch umgesetzt werden. Wenn die Qualität der Begrünung verschärft werden soll, kostet das die Stadt und auch den Bauherrn etwas. Es gibt noch viele andere Anliegen und Bedürfnisse, die in der Gesamtrevision des Zonenplanes und Baureglements berücksichtigt werden müssen. Die Fraktion findet es gut, dass der Gemeinderat das Geschäft nicht so stark gewichtet und stimmt dem Antrag des Gemeinderats zu.

Peter Aegerter, **BDP-Fraktion**, findet, dass ökologisches Brachland sinnvoll zu nutzen ist. Das geltende Baureglement ist diesbezüglich griffig und findet Anwendung. Schon heute können Kombidächer realisiert werden. Allerdings besteht sicher noch Potential. Die Fraktion ist gegen komplizierte Verfahren. Die Verkettung von Massnahmen mit dem Ausrichten von Förderbeiträgen bewirkt automatisch ein komplizierteres und damit auch längeres Baubewilligungsverfahren. Das wollen sicher auch mögliche Investoren nicht. Nicht die Investitionskosten, sondern die Betriebs- und Unterhaltskosten bestimmen die Rentabilität. Deshalb wird sich das Kombidach, dort wo es nutzbringend ist, durchsetzen. Die Fraktion schliesst sich dem Gemeinderat an.

Franz Schori, **SP-Fraktion**, freut sich über das Umdenken. Die Begründung wird heute nicht nur zugelassen, sondern bei Neubauten sogar gefordert. Jede Begründung ist sinnvoll und dient in irgendeiner Form unserer Mitwelt. Die Motion führt hoffentlich dazu, dass das Bauinspektorat das eine oder andere an ihrer Praxis ändern wird. Die Fraktion hat Verständnis für die Argumentation des Gemeinderats und schliesst sich dem Gemeinderat an

Der Rat stimmt dem Postulat einstimmig zu.

25. Postulat P 3/2012 betreffend Offenlegung der finanziellen Auswirkungen eines Parkhauses City Ost im Schlossberg auf die Rechnung der Stadt Thun

SP-Fraktion vom 15. März 2012; Beantwortung

Franz Schori, **SP-Fraktion**, sieht das Potential des Parkhauses in Bezug auf die Stadtentwicklung durchaus. Äusserst wichtig sind der Fraktion aber die flankierenden Massnahmen und die Wirtschaftlichkeit und Finanzierbarkeit. Ein transparentes Verfahren ist nötig. Erfreulich ist die extrem schnelle Beantwortung des Postulats. Der Gemeinderat nimmt das Anliegen ernst und will möglichst viele Unterlagen als Entscheidungsgrundlage unterbreiten. Die Fraktion stimmt dem Postulat zu.

Simon Schweizer, **SVP-Fraktion**, versteht die Sorge der SP-Fraktion hinsichtlich der Finanzierung. Umso erfreulicher ist es, dass der Gemeinderat das ganze Projekt von Anfang an konsequent verfolgt und transparent ist. Die Fraktion begrüsst die Schritte in Richtung Realisierung des Parkhauses und stimmt dem Postulat zu.

Claude Schlapbach, **BDP-Fraktion**, war erstaunt über die Länge der Begründung des Vorstosses. In gewissen Punkten distanziert sich die Fraktion von der Begründung. Das Postulat rennt offene Türen ein, da alle interessiert sind. Die Fraktion nimmt das Postulat an.

Thomas Hiltbold, **Fraktion Grüne**, nimmt das Postulat an. Es braucht fundierte Antworten und die Fraktion freut sich, dass der Gemeinderat bereit ist, sich der Anliegen anzunehmen. Die Fraktion hat eine zusätzliche Frage: Die Stadt ist Hauptaktionärin. Was ist, wenn die Kosten überschossen? Das muss man bei der Risikobeurteilung miteinbeziehen. Die Stadt Thun hat eine besondere Verantwortung.

Thomas Hiltbold (Grüne) hat noch ein persönliches Anliegen: Am Schlossberg wird Geld investiert. Es werden dort extrem teure Parkplätze gebaut, die quer subventioniert werden. Dritte müssen an Bord geholt werden. Es wäre eine Idee, einen Teil der Parkhaus-Thun-Aktien an einen Investor zu verkaufen.

Peter Dütschler, **FDP-Fraktion**, nimmt das Postulat an.

Der Rat stimmt dem Postulat einstimmig zu.

26. Postulat P 12/2011 betreffend Einführung des Rundverkehrs in der Thuner Innenstadt

SVP-Fraktion vom 24. November 2011; Beantwortung

Gemeinderat Roman Gimmel versuchte, Pro und Kontra nachvollziehbar aufzuzeigen. Eine Ergänzung zum Abschnitt OeV der STI: Korrekterweise sollte man auch über die andere Aarequerung schreiben, nämlich die Strecke Sternenplatz über die Kuhbrücke und durch das Bälliz, über die Allmendbrücke zum Guisanplatz. Die Situation ist aber dieselbe. Das Projekt Bypass Thun-Nord ist kein Alltagsgeschäft, sondern fusst auf einer riskanten Situation. Vor allem bei Stosssituationen hat man Probleme. Der Grossrat muss den Kreditantrag über 100 Mio. Franken annehmen. Das macht er nicht einfach so, sondern weil es

ein Problem gibt. Das Submissionswesen soll nach wie vor 2013 durchgeführt werden und der Baustart soll auch 2013 erfolgen. Nach einer Baudauer von 4 bis 5 Jahren sollte 2017/2018 das Projekt beendet sein. Die Geduld muss man aufbringen. Mit der Einführung des Rundverkehrs muss man bis dahin abwarten.

Christian Josi, **SVP-Fraktion** weist darauf hin, dass eine unhaltbare Situation besteht. Dieses Problem besteht seit den 90er Jahren und nichts wurde getan. Der Verkehr hat seither zugenommen. Das Postulat soll rasch und im Sinne eines Verkehrsversuchs Abhilfe schaffen. Momentan läuft ein Verkehrsversuch, der eigentlich Mut macht. Oberstes Ziel ist die Erhöhung des Verkehrsflusses; alle Verkehrsteilnehmer müssen sich dabei beteiligen. Eine Buslinie zu verlegen muss auch in Thun möglich sein. Die Experten sehen unüberwindliche praktische Hindernisse und hohe Kostenfolgen. Dieses Geld soll nicht ausgegeben werden. Man muss sich also bis 2017 gedulden. Die Fraktion zieht das Postulat zurück.

27. Motion betreffend Kauf der Liegenschaft Schadaugärtnerei

BDP-Fraktion vom 4. April 2012; Dringlichkeit

Peter Aegerter, **BDP-Fraktion**, begründet die Dringlichkeit. Das Baubewilligungsprojekt liegt vor, es muss sofort ein Zeichen gesetzt werden. Es sollen keine unnötigen Planungs- und Investitionskosten entstehen. Die Dringlichkeit ist aufgrund des weit fortgeschrittenen Projektstandes gegeben.

Der Stadtpräsident weist darauf hin, dass sich der Gemeinderat bereits damit beschäftigt hat; er möchte aber im Moment nicht näher darauf eingehen. Im jetzigen Zeitpunkt ist die Dringlichkeit abzulehnen.

Peter Aegerter, **BDP-Fraktion**, wollte mit der Motion etwas bewegen, wenn die Sache aber schon in Bewegung ist, macht die Dringlichkeit keinen Sinn. Die Fraktion verzichtet auf die Dringlichkeit.

Mitteilungen

Der Stadtratspräsident macht auf die Einladung zum Thuner Jugend-Zukunftstag vom Samstag, 2. Juni im Rathaus aufmerksam.

Der Stadtratspräsident weist ausserdem auf die im Anschluss an die heutige Sitzung statt findende Zusammenkunft der Stadträte, welche sich grundsätzlich für eine Reise nach Gabrovo interessieren, hin.

Eingänge

- Motion betreffend den Kauf der Liegenschaft Schadaugärtnerei; BDP-Fraktion vom 4. April 2012 (Dringlichkeit zurückgezogen)
- Postulat betreffend Standort der Brücke Selve – Schwäbis; Fraktion Grüne, SP-Fraktion und Mitunterzeichnende vom 4. April 2012
- Postulat betreffend Priorisierung der Langsamverkehrsverbindung Bahnhof - Selve – Schwäbis; Fraktion Grüne, SP-Fraktion und Mitunterzeichnende vom 4. April 2012
- Interpellation betreffend nichtkommerzielle Kultur in der Stadt Thun; Andrea de Meuron (Grüne), Susanna Ernst (BDP), Franz Schori (SP) und Mitunterzeichnende vom 4. April 2012

Der Stadtratspräsident

Der Stadtratssekretär

Jürg Dällenbach

Remo Berlinger